

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 07.05.2018, 17:33:59

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)

Regierungsmitglied(er): Landesrätin Mag. Ursula Lackner

Zu Tagesordnungspunkt D1

Betreff:

Aufrechterhaltung der Sonderschulen in der Steiermark

Die ehemalige rot-schwarze Bundesregierung plante im Rahmen ihrer vielfach kritisierten Bildungsreform, Sonderschulen bis 2020 zu einem Auslaufmodell werden zu lassen. Nach den Vorstellungen der damaligen SPÖ-Bildungsministerin sollten die Sondereinrichtungen in den nächsten Jahren sukzessive abgeschafft werden. Auch in der Steiermark wurde bzw. wird dieses Konzept nach wie vor von der schwarz-roten Landesregierung verfolgt. Vor allem die rote Bildungslandesrätin Ursula Lackner unterstützte diesen Plan insofern, als sie die Einrichtung einer „Inklusiven Modellregion“ in der Steiermark gemeinsam mit dem Landesschulrat vorantrieb.

Mittlerweile ist das Bildungsressort des Bundes in türkisen Händen und trägt zu einem großen Teil blaue Handschrift. Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsprogramm klar für den Erhalt der Sonderschulen und die Stärkung des Sonderschulwesens sowie für die Wiedereinführung der sonderpädagogischen Ausbildung ausgesprochen. Demnach sollen keine Sonderschulen in Österreich geschlossen, sondern vielmehr bestehende Standorte gestärkt werden. Auch die sonderpädagogische Ausbildung – seit dem Jahr 2016 gibt es in Österreich kein eigenes Lehramtsstudium für Sonderpädagogik mehr – soll wiedereingeführt werden.

Aufgrund des Vorhabens der damaligen SPÖVP-Bundesregierung und dem offensichtlichen Bestreben von Rot und Schwarz auf Landesebene, die Sonderschulen zu einem Auslaufmodell werden zu lassen, sind zahlreiche Eltern von Kindern, die eine Sonderschule besuchen, zurecht verunsichert und befürchten Verschlechterungen im Bildungsbereich. In sonderpädagogischen Schulen wird je nach Beeinträchtigung der Kinder ein entsprechender Unterrichtsplan erstellt und von speziell geschultem Lehrpersonal unterrichtet. Dieses kann individuell auf die Bedürfnisse der Schüler eingehen, ihnen besondere Unterstützung bieten und die erforderliche Aufmerksamkeit schenken. Viele Eltern von Kindern mit Behinderung fürchten nun, dass diese im gemeinsamen Unterricht mit Schülern ohne speziellen Förderbedarf zu kurz kommen könnten. Wenn besondere Unterschiede nunmehr ausgeblendet und nicht mehr als solche benannt werden dürfen, so werden auch die Bedürfnisse der Schüler unsichtbar. Durch die Abschaffung der Sonderschulen würden Kinder mit Behinderung der Anerkennung ihrer speziellen Situation und folglich auch ihres Rechts auf speziellen Unterricht beraubt.

Bislang hatten Erziehungsberechtigte nach § 8a Schulpflichtgesetz (SchPFIG) die Möglichkeit, selbst zu wählen, ob ihr Kind in einer Regelschule inkludiert wird oder ob es eine Sonderschule besucht. Mütter und Väter wissen am besten, welche Bedürfnisse ihr Kind hat und sollen auch weiterhin über die für ihren Nachwuchs geeignetste Schulform entscheiden dürfen. Nachdem die Sonderschulen infolge der in die Wege geleiteten Entwicklung von „Inklusiven Modellregionen“ bis zum Jahr 2020 auslaufen sollen, besteht diese Wahlfreiheit allerdings nicht mehr lange. Auch Bildungslandesrätin Lackner führte in ihrer

schriftlichen Anfragebeantwortung (EZ 1157/2) vom 1. Dezember 2016 wie folgt aus: „*Wenn die Sonderschulen auslaufen, gibt es keine Wahlmöglichkeit für Sonderschulen mehr. [...]*“ Dieses Bekenntnis zeugt klar vom Willen, die Sonderschulen zu einem Auslaufmodell werden zu lassen.

Im Schuljahr 2016/17 wurden österreichweit 29.923 Schüler mit besonderem Förderbedarf unterrichtet, davon rund 46 Prozent in Sonderschulen. In der Steiermark werden insgesamt 2.995 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult. Davon besuchen nahezu 80 Prozent eine Regelschule. (Quelle: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/schulen_schulbesuch/029658.html)

In keinem anderen Bundesland ist die Inklusionsrate so hoch wie in der Steiermark. Kinder, die dem Regelunterricht folgen können und für die eine inklusive Schule in Frage kommt, sollen natürlich die Möglichkeit haben, eine solche auch zu besuchen. Allerdings muss ins Treffen geführt werden, dass leider nicht alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der psychischen und physischen Verfassung sind, eine Regelschule zu besuchen. Viele Kinder mit mehrfachen oder schweren Behinderungen haben einen so hohen Pflegeaufwand, dass die Pflege den Unterricht überwiegt. Aus diesem Grund muss, neben dem Weiterbestehen von Inklusionsklassen an Regelschulen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Sonderschulen und Sonderschulklassen unbedingt gewährleistet werden. Es geht hier um Kinder, die besondere Bedürfnisse haben. Entsprechend ihres verschiedenartigen Förderbedarfs benötigen sie auch unterschiedliche Unterstützung. Für die einen eignen sich Inklusionsklassen, für die anderen sind Sondereinrichtungen die bessere Option. Bei allen Neuerungen oder Änderungen im Bildungsbereich muss das Kindeswohl absolute Priorität haben.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich nach dem Vorbild der türkis-blauen Bundesregierung für den Erhalt von Sonderschulen in der Steiermark auszusprechen und den Fortbestand dieser Schulform sicherzustellen.

Unterschrift(en):

LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)